

**W**ährend der Verhandlungen der Regierungskoalition über die Gesundheitsreform wollen die Ärzte aus Nordrhein weiter öffentlich Druck machen. Der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein (ÄkNo) hat im April alle rund 49.000 Ärztinnen und Ärzte im Rheinland sowie Bürger und Patienten aufgefordert, dem Aufruf der freien Ärzteverbände zur nächsten Großdemonstration

# Der Protest geht weiter

*Vorstand der Ärztekammer Nordrhein ruft zur Teilnahme an der nächsten Großdemonstration am 19. Mai in der Bundeshauptstadt auf – Über 30.000 Teilnehmer bei der größten Ärztedemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik am 24. März in Berlin*

bedingungen und Mangelversorgung der Patienten demonstrieren, dann ist das der Ausnahmezustand im Gesundheitswesen“, sagte Ärztepräsident Hoppe, „ein ‚Weiter so‘ kann es weder für die Krankenhausärzte noch für die niedergelassenen Ärzte geben. Wir sind keine Billigarbeiter und wir sind auch keine staatlichen Rationierungsassistenten. Wenn die Politik sich jetzt nicht



*Unter den Demonstranten am 24. März: Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein (im Arztkittel), und Angelika Haus, Landesvorsitzende des Hartmannbundes (vorne, mit Kappe).*

*Foto: uma*

der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe.

Zahlreiche Ärztinnen und Ärzte aus dem Rheinland haben sich bereits am 24. März in Berlin an der mit mehr als 30.000 Teilnehmern größten Ärztedemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik beteiligt. Die Ärztinnen und Ärzte, Praxispersonal und Zahnärzte versammelten sich aus Protest gegen die Sparpolitik der Bundesregierung vor dem Roten Rathaus. „Wenn Tausende von Ärztinnen und Ärzten zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit in der Hauptstadt gegen unzumutbare Arbeits-

der Ärzte am 19. Mai in Berlin zu folgen (siehe Aufruf im Kasten Seite 11). „Wir teilen das von den Koalitionsparteien formulierte Ziel, das hohe Niveau der medizinischen Versorgung für alle zu sichern, und zwar unabhängig vom Einkommen. Wer aber behauptet, das sei ohne zusätzliche Finanzmittel möglich, gibt damit ein nicht einzulösendes Versprechen“, sagte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und



*Ärztinnen und Ärzte aus dem Rheinland hatten sich nach Berlin aufgemacht, um für eine auch in Zukunft noch wohnortnahe Versorgung zu werben.*

*Foto: uma*

endlich in Bewegung setzt, dann werden wir eben für Bewegung sorgen!“ Vom Roten Rathaus aus zogen die

Demonstranten zum Brandenburger Tor, wo die „Berlin-Essener Resolution der deutschen Ärzteschaft“ verabschiedet wurde (siehe Kasten Seite 12; Weitere Informationen über den 2. Nationalen Protesttag am 24. März im Internet unter [www.protesttag.de/pageID\\_3260916.html](http://www.protesttag.de/pageID_3260916.html)). Bereits am 18. Januar hatten rund 20.000 Ärztinnen und Ärzte mit ihrem Praxispersonal in der Bundeshauptstadt demonstriert (siehe Rheinisches Ärzteblatt Februar, Seite 11, Internet: [www.aekno.de](http://www.aekno.de)).

## Marburger Bund verschärft Streiks

Unterdessen verschärfte der Marburger Bund (MB) als Konsequenz aus einem ergebnislosen Sondierungsgespräch mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder



*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und der Ärztekammer Nordrhein: „Ein ‚Weiter so‘ kann es weder für die Krankenhausärzte noch für die niedergelassenen Ärzte geben.“*

*Foto: uma*

## Aufruf zur Ärztedemo am 19. Mai in Berlin

### Unser Druck lässt nicht nach – wir kämpfen weiter!

Staatliche Reglementierung, Rationierung, ökonomischer Druck und die Sorge, ihre Patienten nicht mehr dem ärztlichen Anspruch gemäß versorgen zu können, haben am 18. Januar und am 24. März zehntausende Ärzte mobilisiert. Gemeinsam mit Arzthelferinnen und Patienten sind sie dem Aufruf von über 50 Verbänden gefolgt und haben in Berlin ihrem Unmut und ihrer Verzweiflung Luft gemacht. Diese gewaltigen Demonstrationen ärztlicher Entschlossenheit haben die Politik zwar nicht unbeeindruckt gelassen, noch immer überwiegt aber bei den Entscheidern in Regierung und Parlament die Hoffnung auf ein Erlahmen des Protestes. Diese Hoffnung werden wir zunichte machen! Denn jetzt naht die Stunde der Wahrheit. Die Politik legt die Karten auf den Tisch! Alles spricht dafür, dass die deutsche Ärzteschaft auf diese Pläne die entsprechende Antwort parat haben muss: Unser Druck lässt nicht nach! Wir kämpfen weiter!

Bundeskanzlerin Angela Merkel will die Gesundheitsreform noch vor der Sommerpause verabschieden. Es ist die Zeit der Entscheidung. Sie wird nicht ohne die Ärzte fallen!

**Mit dieser Botschaft werden sich am 19. Mai 2006 in Berlin erneut zehntausende Ärzte versammeln. Wir wollen von 12 Uhr an vom Invalidenpark aus über die Friedrichstraße zum Gendarmenmarkt marschieren. Dort wollen wir gemeinsam ein unübersehbares Zeichen setzen!**

Daher rufen wir alle ärztlichen Verbände, die Verbände aus dem Gesundheitswesen, sowie Arzthelferinnen und Patientinnen und Patienten auf:

### Kommen Sie am 19. Mai nach Berlin!

Der Aufruf wird getragen von:  
 Ärztegenossenschaften  
 Berufsverband Deutscher Internisten  
 Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte  
 Deutscher Ärztinnenbund  
 Deutscher Facharztverband  
 Deutscher Hausärzterverband

Freie Ärzteschaft  
 Freier Verband Deutscher Zahnärzte  
 Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände  
 Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands  
 MEDI Deutschland  
 NAV-Virchow-Bund – Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands  
 (Stand: 13.4.2006)

(TdL) im April die Ärzte-Streiks an den Universitätskliniken und psychiatrischen Landeskrankenhäusern.

Der 1. Vorsitzende des MB, Dr. Frank-Ulrich Montgomery, wirft den Arbeitgebern einen „unerträglichen Raubzug“ bei den Klinikärzten vor. „Die Arbeitgeber haben uns mit der systematischen Nichtvergütung millionenfacher Überstunden, der Streichung des Urlaubsgeldes, der Reduzierung des Weihnachtsgeldes und der Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich bereits weit über 30 Prozent unserer Einkommen genommen“, so Montgomery.

Offensichtlich sei der Leidensdruck trotz der streikbedingten millionenschweren Erlösdefizite der Klini-



Die Kempener Ärzte fürchten um die gute Qualität der Patientenversorgung. Ganz links das Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Arndt Berson. Foto: uma



Die Kolleginnen und Kollegen aus Leverkusen hatten einen Extra-Grund, besonders zahlreich in Berlin zu erscheinen. Foto: uma

ken immer noch nicht groß genug. Daher werde man sich auf noch schmerzhaftere Aktionen konzentrieren. Unter anderem sollten die Notdienste noch konsequenter umgesetzt sowie die Bezahlung millionenfach unvergüteter Überstunden durch das bundesweite Einreichen von Sammelklagen eingefordert werden.

Derweil spitzte sich Mitte April auch die Tarifaussensetzung zwischen dem MB und der Vereinigung



*Martin Grauduszus aus Erkrath gehörte als Präsident der Freien Ärzteschaft zu den Organisatoren des 2. Nationalen Protesttages. Foto: uma*

kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) zu. Der MB reichte Verbandsklage gegen die Arbeitgeber beim Arbeitsgericht Köln ein. Hintergrund ist die von der VKA angewiesene Überführung von MB-Mitgliedern in den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Nach Auffassung des MB ist das rechtswidrig, da der Verband den TVöD nicht unterzeichnet hat. Der Marburger Bund und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände führen seit März Tarifverhandlungen für die an den 700 kommunalen Krankenhäusern beschäftigten 70.000 Ärzte.

„Der TVöD ist im höchsten Maße ärztefeindlich“, erklärte der MB-Vorsitzende Dr. Frank Ulrich Montgomery. Er wies darauf hin, dass insbesondere junge Ärzte zu den Verlierern des neuen Tarifvertrages gehörten. So werde ein verheirateter 29-jähriger Arzt gegenüber altem BAT bereits im ersten Arbeitsjahr rund 5.000 Euro an Gehalt einbüßen. Nach zehn Jahren summieren sich

der Verlust auf 31.000 Euro, nach 20 Jahren auf 68.000 Euro. Je älter der Arzt beim Berufseinstieg, desto höher die Einkommensverluste.

Der Marburger Bund habe deshalb diesen Tarifvertrag nicht unterzeichnet und seine Mitglieder aufgefordert, den Arbeitgebern die Forderung einer Weiterführung nach BAT schriftlich mitzuteilen. Etliche Ärzte würden jedoch trotz MB-Mitgliedschaft zwangsweise in



*Rund 200 Ärztinnen und Ärzte des Klinikums Aachen marschierten zum Grenzübergang Vaals in die Niederlande, um auf die guten Chancen deutscher Ärzte auf besseren Verdienst bei weniger Arbeit in anderen europäischen Ländern hinzuweisen. Vorne Rudolf Henke, Landesvorsitzender des Marburger Bundes und Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein. Foto: mhe*

## Berlin-Essener Resolution der deutschen Ärzteschaft (24. März 2006)

1. Wir fordern, die **freie Arztwahl** durch die Patientinnen und Patienten beizubehalten und die **Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit der Ärzte** zu sichern.
2. Wir fordern für unsere Klinikärzte international **konkurrenzfähige Gehälter**, die **Bezahlung aller Überstunden** und die **Anerkennung von Bereitschaftsdiensten** als vollwertige Arbeitszeiten.
3. Wir lehnen den uns von Politik und Kassen aufgezwungenen, überflüssigen und monströsen **Bürokratismus** ab. Er stiehlt uns die Zeit für die Patientenversorgung. Wir lassen uns nicht weiter zu **Erfüllungsgehilfen** einer staatlichen Rationierungsbürokratie degradieren.
4. Wir fordern die **Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten Haus- und Fachärztlichen Versorgung** durch unabhängige Ärzte, eine **Mindestvergütung** auf Basis des versprochenen Punktwertes von 5,11 Cent, das **Ende der Budgetierung** ärztlicher Leistungen sowie den **Erhalt der privaten Krankenvollversicherung**.
5. Wir sind gegen eine **staatlich diktierte Listenmedizin** und eine auf **Rationierung** ausgerichtete **Einheitsgebührenordnung mit staatlich diktierten Dumpingpreisen** – beides führt zu inakzeptablen Qualitätseinbußen in der Medizin.
6. Wir fordern von der Politik endlich **öffentliche Ehrlichkeit** und eine **Stützung des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt**. Für Rationierungen sollen diejenigen einstehen und sich verantworten, die meinen, sie anordnen zu müssen.
7. Wir lehnen jede **Koppelung des Ordnungsverhaltens der Ärzte an ihre Vergütung** ab. Bonus-Malus-Regelungen sind unmoralische Angebote und dienen nur dem Zweck, die **staatlich gewollte heimliche Rationierung** unter Demontage der ärztlichen Integrität am Patienten zu vollstrecken.
8. Wir lehnen jede **Abwälzung des Morbiditätsrisikos** sowie der **Mehrkosten medizinischer Innovationen** unserer alternden Gesellschaft auf die Ärzte ab.
9. Wir lehnen die Einführung der „**Elektronischen Gesundheitskarte**“ ab, so lange die Unverletzlichkeit der Patientendaten nicht gesichert ist und so lange keine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse vorliegt. Wer den wirtschaftlichen Nutzen an der „eCard“ hat, soll auch deren Kosten tragen.
10. Wir fordern den Wechsel zum **Kostenerstattungsprinzip** im deutschen Gesundheitswesen, damit für Patient und Arzt **Transparenz** hergestellt wird und der Arzt wieder ausschließlich **Anwalt seiner Patienten** sein kann.

*In unserer Demokratie müssen alle Bürgerinnen und Bürger als mündig und selbstverantwortlich ernst genommen werden. Dazu gehört notwendig die Freiheit, über den Umfang der eigenen Gesundheitsversorgung frei von Bevormundung durch Staat oder Kostenträger selbst und eigenverantwortlich bestimmen zu dürfen.*

Diese „Berlin - Essener Resolution“ ist Konsens der deutschen Ärzteschaft ([www.protesttag.de](http://www.protesttag.de)) und zahlreicher ärztlicher Verbände sowie der Initiatoren der „Essener Resolution“, die unter anderem in Nordrhein von der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer mitgetragen wird.

den TVöD überführt. Montgomery: „Mit unserer Verbandsklage werden wir der Arbeitgeberwillkür einen Riegel vorschieben.“

Nach den zahlreichen Streiks und Aktionen der Uni-Ärzte in Bonn, Köln, Düsseldorf, Aachen und Essen gab es am 11. April eine zentrale Demonstration in der Dom-



Über 6.000 Ärztinnen und Ärzte aus Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern kamen im April zur Großdemonstration nach Köln. Fotos: uma

stadt. Über 6.000 Ärztinnen und Ärzte zogen mit orangen Kappen, Trillerpfeifen und Rasseln sowie mit Transparenten und Fahnen begleitet von einer Sambagruppe für eine Stunde durch die Innenstadt. „Die gesamte deutsche



Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und der Ärztekammer Nordrhein: „Qualifikation, Leistung und Verantwortung der Klinikärztinnen und Klinikärzte angemessen honorieren.“

Ärzeschaft steht hinter Ihnen“, sagte der Präsident Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, bei der Kundgebung auf dem Roncalli-platz am Kölner Dom. „Es muss Schluss sein mit den unerträglichen und ungesetzlichen Arbeitszeiten, und die Kollegen melden zu Recht ihren Anspruch auf eine angemessene Vergütung und einen eigenen Tarifvertrag an“, so Hoppe weiter.

Nach seinen Worten bedeutet die Forderung nach 30 Prozent höherer Vergütung nur den Ausgleich für Kürzungen der vergangenen Jahre und die systematischen Nicht-Vergütung millionenfach geleisteter Überstunden. „Diese Zumutungen stehen in krassem Missverhältnis zu Qualifikation, Leistung und Verantwortung der Klinikärztinnen und Klinikärzte“, sagte der

Ärztepräsident. Daher seien tausende junger, engagierter

und leistungsbereiter Kollegen bereits vor der deutschen Gesundheitspolitik ins Ausland geflüchtet. Hoppe: „Medizinstudenten fangen jetzt schon im 3. Semester an, Norwegisch zu lernen. Dieser Trend muss endlich gestoppt werden, damit wir das hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Deutschland halten können.“

Am Tag der Kölner Kundgebung hatten bundesweit rund 12.000 Ärztinnen und Ärzte in 26 Unikliniken und

psychiatrischen Landeskrankenhäusern ihre Arbeit niedergelegt. Das war die stärkste Streikwelle seit Beginn der Arbeitsniederlegungen in Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen zwischen Marburger Bund und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) im März.

„Wir sind bereit, den Arbeitgebern hinsichtlich der Arbeitszeiten die Flexibilität zu geben, die sie angeblich brauchen“, sagte MB-Vorsitzender Dr. Frank Ulrich Montgomery, „dafür verlangen wir, dass jede Stunde geleisteter Arbeit auch bezahlt wird, und zwar anständig.“ Das bisherige Angebot der TdL sei eine „Möllring-sche Mogelpackung“, denn es laufe auf eine Kürzung um vier Prozent hinaus. Montgomery: „Das werden wir nie unterschreiben.“

Am Tag der Großdemonstration in Köln begann auch die dritte Verhandlungsrunde des MB mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA). Die streikenden Uniärzte übergaben der VKA eine Aufforderung, die Verhandlungen nicht unnötig in die Länge zu ziehen und zielorientiert zu verhandeln. „Sie sind gut beraten, keine Ärzte-Streiks in den kommunalen Krankenhäusern zu provozieren“, steht im Flugblatt der Uniärzte.



Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes: „Wir sind flexibel hinsichtlich der Arbeitszeiten, verlangen aber eine anständige Bezahlung.“



„Gute Arbeit – gutes Geld“, das wollen jetzt auch die Ärztinnen und Ärzte an Unikliniken für sich durchsetzen.

uma/MB